
Univ.-Prof. Dr. Gerhard Botz

Diktatur gegen Diktatur: Autoritärer „Ständestaat“ und Nationalsozialismus in Österreich

Das Diktaturregime, das sich in Österreich seit 1933 etablierte, entsprach weitgehend dem Typus der autoritären Regime, die in vielen Regionen Europas in den 30er Jahren an die Macht kamen – im Zusammenhang mit generellen diktatorischen Tendenzen, in denen die radikalsten Versionen vom italienischen Faschismus und dann vom Nationalsozialismus kamen; sie verfügten nicht über deren Massenmobilisierungskapazität und -willen, den säkularisierten integralen Nationalismus und die Verfolgungsintensität, selten auch über vergleichbare charismatische Führer u.a. Das autoritäre stark obrigkeitsstaatlich geprägte Regime Dollfuß' und Schuschnigg, zunächst stark antinazistisch vorgehend, verlor nach der Niederwerfung der Sozialdemokratie und dem beginnenden Rückzug der protegierenden Hand Mussolinis rasch seine Widerstandskraft gegen den stärker werdenden Nationalsozialismus von außen und im Inneren. Zugleich öffnete es durch die Etablierung autoritärer Strukturen den in den Staatsapparat zunehmend eingelassenen (halb-illegalen) Nazis eine weitere Möglichkeit zur (schein)legalen Machtübernahme in März 1938.

Generell ist zu beachten, dass damals diktatorische Kräfte und Staaten häufig im Konflikt mit ebensolchen Gegnern standen. Dies ist konflikttheoretisch, nicht politik-moralisch zu sehen, sollte jedoch auch nicht dazu verleiten, alle politischen Faktoren, die im Widerstand gegen den NS standen, zu Demokraten umzudefinieren, so sehr dies auch der Logik der Nachkriegsrekonstruktionen entsprochen haben mag.

Univ.-Prof. Dr. Viola Georgi

Demokratiebildung in Europa im 21. Jahrhundert

Die europäische Landschaft der Demokratiebildung ist so vielgestaltig wie Europa selbst. Abhängig von den historischen, politischen, sozialen und kulturellen Traditionen sowie den strukturellen Rahmenbedingungen sind ganz unterschiedliche Ansätze und Strategien demokratischer Bildung gewachsen. Trotz der Vielfalt und Unterschiedlichkeit der Ansätze hat sich jüngst die Erkenntnis durchgesetzt, dass es in den vielfältiger werdenden, global vernetzten Gesellschaften Europas notwendig ist, die Bedeutung der partizipativen Demokratie und der mit ihr verbundenen Demokratiebildung in und für Europa neu zu definieren. Am Beispiel ausgewählter europäischer Initiativen und Programmatiken werden Handlungsfelder der Demokratiebildung beschrieben, Herausforderungen benannt und europäische Entwicklungen nachgezeichnet.

Univ.-Prof. PD Dr. Jerzy Kochanowski

Das Scheitern der zentraleuropäischen Demokratien nach 1918 am Beispiel von Pilsudskis Polen und Horthys Ungarn

In Ungarn wie in Polen konnten sich autoritäre Regime relativ lange Zeit behaupten. Miklós Horthy übernahm (offiziell) die Macht im März 1920: zwei Jahre vor Mussolini. Für Polen setzt man die Zeit des autoritären Regimes in der Regel für die Jahre von 1926 bis 1939 an. Allerdings war Piłsudski bereits in den Jahren von 1918 bis 1922 Staatschef. Schon damals formierte sich das politische Lager um ihn. Andererseits haben sich die autoritären Regime in Polen und Ungarn ganz unabhängig voneinander entwickelt. Angesichts dessen lässt sich die Schlussfolgerung ziehen, dass ein Vergleich gerade dieser beiden autoritären Systeme es ermöglicht, die in diesen Staatswesen herrschenden Mechanismen und Strukturen herauszuarbeiten.

Das Referat präsentiert sowohl die Voraussetzungen, als auch den Verlauf des Scheiterns der Demokratie in Polen und Ungarn in der Zeit zwischen den Weltkriegen. Etwas detaillierter werden nur ausgewählte Merkmale der zwei Regime präsentiert: die Symbole beider Staaten: Józef Piłsudski und Miklós Horthy, die Frage nach dem Bewusstsein von einem "Umbruch", die Haltung zur Demokratie und zum Parlamentarismus. Die Analyse der Systeme von Polen und Ungarn bestätigt die Regel, dass die autoritären Regime in Ostmitteleuropa, unabhängig von den historischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, letztendlich einem vereinheitlichenden Prozess unterlagen, und so *sui generis* eine "autoritäre Internationale" schufen. Aber gleichzeitig bestätigt ihre Geschichte auch die Tatsache, dass die Erinnerung von völlig anderen Gesetzen regiert wird.

Univ.-Prof. Dr. Anton Pelinka

Partizipative (Staats-)BürgerInnen als Voraussetzung für eine funktionierende Demokratie

Thesenartige Kurzfassung

1. Es gibt gute Argumente dafür, dass die Zweite Republik in Österreich ein demokratischer Erfolg war und ist – die Erste Republik hingegen als Misserfolg der Demokratie bilanziert werden muss.
2. Es gibt gute Argumente dafür, dass die politische Partizipation in der Zweiten Republik geringer oder zumindest nicht größer als in der Ersten Republik war und ist: Die Wahlbeteiligung, aber auch die Mitgliedschaft in politischen Parteien sind dafür wesentliche Belege.
3. Der Erfolg einer Demokratie hängt somit nicht nur von der politischen Partizipationsbereitschaft der (Staats-)BürgerInnen ab, sondern auch und wesentlich von einer Fülle anderer Faktoren.
4. Neben internationalen und ökonomischen Faktoren zählt zu diesen Determinanten der Demokratie auch das Maß an Relativismus, mit dem in einer Gesellschaft der Wettbewerb der Ideen und Interessen betrachtet wird: Eine Wahrnehmung dieses Wettbewerbs als ein Kampf des Guten gegen das Böse kann zwar die politische Partizipation steigern, erschwert aber gleichzeitig die erfolgreiche Stabilisierung der Demokratie.

Konferenz

Von autoritären Gesellschaften zur Demokratie. Demokratie und Diktatur im Widerstreit seit 1918

3. März 2008, WIEN MUSEUM Karlsplatz

veranstaltet vom **Demokratiezentrum Wien** – www.demokratiezentrum.org

Univ.-Prof. DDr. Oliver Rathkolb

Die Rolle von Geschichtsbildern in Demokratisierungsprozessen in Zentraleuropa nach 1989

In diesem wissenschaftlichen Werkstattbericht aus einem Forschungsprojekt des Ludwig Boltzmann Instituts für Europäische Geschichte und Öffentlichkeit und dem Meinungsbefragungsinstitut SORA wird die Forschungsthese diskutiert, ob Verherrlichungen und positive Rekonstruktionen vergangener Diktaturen und autoritärer Führer Indikatoren für aktuelle autoritäre Einstellungen und antidemokratische Grundhaltungen in der Gegenwart sind. Auf der Basis von ersten, fragmentarischen Auswertungen von Meinungsumfragen in Polen, Tschechien, Ungarn und Österreich um die Jahreswende 2007/2008 werden – auch vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Erfahrungen mit Diktaturen – punktuell Indikatoren analysiert, wobei nur die Erfahrungen in der Zwischenkriegszeit thematisiert werden. Fokus der Skizze sind historische Perzeptionen und aktuelle Geschichtsbilder über Kollaboration im Zweiten Weltkrieg und im Holocaust, Antisemitismus und die „Schlussstrichdebatte“ – auch vor dem Hintergrund teilweise divergierender geschichtspolitischer Zugänge, die nach 1989 ihre Fortsetzung finden. Ansatzweise werden auch Antworten zu Fragen in Richtung autoritärer Persönlichkeit interpretiert – ähnlich wie im Rahmen des inzwischen zum Klassiker der Sozialforschung mutierten Projekts über die „Autoritäre Persönlichkeit“ (1950 publiziert), das von einer keineswegs homogen agierenden ForscherInnengruppe um Theodor W. Adorno, Max Horkheimer, Daniel Levinson und die österreichische Exilantin Else Frenkel-Brunswick stammt.

Univ.-Prof. Dr. Peter Steinbach

Zur Wahrnehmung von Diktaturen im 20. Jahrhundert

Das 20. Jahrhundert wurde das „Jahrhundert der Extreme“ genannt. Dieser Begriff weist u.a. darauf hin, dass im vergangenen Säkulum der diktatorische Zugriff auf den Menschen in einem beispiellosen Maße perfektioniert wurde. Ein neuer Typ von Diktaturen drückte Europa seinen Stempel auf: Der totalitäre Staat begnügte sich nicht mehr damit, wie herkömmliche autoritäre Systeme allein den politischen Raum zu kontrollieren, sondern erhob Anspruch auf die umfassende Beherrschung des ganzen Menschen. Er sorgte nicht allein mit polizeistaatlichen Methoden für die Befestigung seiner Herrschaft, sondern erhob den Anspruch, das gesamte Volk zu mobilisieren und in den Dienst der staatlicherseits verkündeten Ideologie zu stellen, die einen umfassenden weltanschaulichen Führungsanspruch begründen sollte. Er setzte auf Zustimmung, erlangte Unterstützung und schuf so die Voraussetzung für eine intensive Auseinandersetzung mit diktatorischen Systemen in postdiktatorischen Zeiten. Da sich diktatorische Systeme im 20. Jahrhundert jeweils unterschiedlich legitimierten, war auch die postdiktatorische Diskussion niemals einhellig, sondern verlängerte teilweise die ideologischen Auseinandersetzungen zwischen den diktatorischen Systemen, bis sich 1989/90 mit der Hinwendung zum freiheitlichen Verfassungsstaat eine neue Situation ergab.

Die totalitäre Erfahrung beschränkte sich nicht allein auf Deutschland, wengleich der Nationalsozialismus in besonders tief greifender Weise die totale Selbstermächtigung einer von zivilisatorischen Bezügen gelösten Politik repräsentierte. Denn auch andere europäische Gesellschaften haben - auf unterschiedliche Weise - ihre spezifischen Erfahrungen mit Regierungsformen gesammelt, welche den ungehemmten Zugriff auf das Individuum proklamierten und zumindest partiell in die Tat umsetzten. Wie bewältigten aber postdiktatorische Systeme die diktatorische Geschichte? Wie wurde darüber reflektiert, welche Möglichkeiten einer Bewältigung der diktatorischen Vergangenheit gab es?

Konferenz

Von autoritären Gesellschaften zur Demokratie. Demokratie und Diktatur im Widerstreit seit 1918

3. März 2008, WIEN MUSEUM Karlsplatz

veranstaltet vom **Demokratiezentrum Wien** – www.demokratiezentrum.org

Zugleich stellt sich eine weitere Frage: Wie wurden diktatorische Zwangs- und Unterdrückungssysteme von liberaldemokratischen Gesellschaften wahrgenommen? Wurden Pressionen wahrgenommen, kritisiert – wie reagierte die liberale Öffentlichkeit, wie die Regierungen sogenannter Verfassungsstaaten. Wie konsequent wurden Menschenrechte als Maßstab umgesetzt, wie wurde das Verhältnis zwischen Wirtschaftsinteressen und politischer Moralität und Solidarität austariert?

Um einen solchen Vergleich herzustellen, bietet sich zum einen Italien an. Denn es war der italienische Faschismus, der als Ursprungsland für die Entwicklung des Totalitarismusbegriffs diente, mit dem strukturell ähnliche Diktaturen analytisch erfasst werden können. Zudem hat das faschistische Regime in Italien von 1922 bis 1943 angedauert - fast 10 Jahre länger als das vermeintliche „Tausendjährige Reich“ in Deutschland.

Eine weitere Vergleichsebene markiert Deutschland, die europäische Gesellschaft, die zweimal mit antizivilgesellschaftlichen Bewegungen und Bestrebungen konfrontiert wurde. Fragt man nach der Wahrnehmung diktatorischer Systeme, rückt der Vergleich zwischen den Bundesrepublik Deutschland und der DDR in den Blick.

An Lebensspanne wurden deutscher Nationalsozialismus und italienischer Faschismus allerdings von den Spielarten kommunistischer Systeme übertroffen, welche die im Zweiten Weltkrieg siegreiche Sowjetunion dem Südosten Europas und dem östlichen Mitteleuropa aufoktroierte. Deshalb ist es von Bedeutung, die Auseinandersetzung ost- und ostmitteleuropäischer Gesellschaft mit den Erfahrungen vor 1989 mit den Diskussionen und Strategien der Diktaturüberwindung zu vergleichen.

Konferenz

Von autoritären Gesellschaften zur Demokratie. Demokratie und Diktatur im Widerstreit seit 1918

3. März 2008, WIEN MUSEUM Karlsplatz

veranstaltet vom **Demokratiezentrum Wien** – www.demokratiezentrum.org